

Bettina Hagedorn redet zu der Großen Anfrage der SPD zum Thema Steuersenkungen zu Protokoll

Gestern stand die große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Zu den theoretischen und empirischen Grundlagen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigten Steuerreform“ auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages in Berlin. Wegen der Turbulenzen um die Verhandlungen zur Griechenlandhilfe wurde dieser Tagesordnungspunkt jedoch nicht debattiert sondern zu Protokoll gegeben. Die zu Protokoll gegebene Rede von Bettina Hagedorn finden sie hier.

Rede von Bettina Hagedorn in der 40. Sitzung des Deutschen Bundestages am 06.05.2010 zu TOP 11:

„Zu den theoretischen und empirischen Grundlagen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigten Steuerreform“

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Thema unserer jetzigen Debatte ist die Große Anfrage der SPD-Fraktion an die Regierung vom – man höre und staune – 27. Januar 2010, in der wir mit einem 16teiligen Fragenkatalog nach den „Theoretischen und empirischen Grundlagen des – fälschlicherweise so bezeichneten – Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigten Steuerreform“ gefragt haben. Es geht also um die volkswirtschaftliche Schlüssigkeit der Steuersenkungsideen, die Schwarz-Gelb landauf-landab seit Monaten wie eine Mantra vor sich her trägt – gerade heute mussten wir angesichts der Aktuellen Stunde zu der katastrophalen Steuerschätzungsprognose erneut eine Kostprobe der ungebrochenen Ignoranz der Koalitionäre in dieser Frage im Plenum ertragen. Dabei lässt sich diese Koalition auch leider nicht durch Fakten von ihrem falschen, unverantwortlichen Weg abbringen: im Handelsblatt - nicht gerade als rotes Kampfblatt bekannt – stand beispielhaft in seiner

Ausgabe vom 30.04.2010 zur geplanten Steuerreform: *„Das Forschungsinstitut IZA hat die FDP und das FDP-geführte Wirtschaftsministerium in eine peinliche Lage gebracht, indem es feststellte, die Reform würde nicht 16 Mrd. Euro kosten, sondern knapp 40 Mrd. Euro.“* Wir erleben aber täglich in diesem hohen Haus, dass die FDP sich mit solchen ernst zu nehmenden kritischen Stimmen gar nicht erst auseinandersetzt und gebetsmühlenartig weiter fordert: *Steuersenkung!* – gemeinhin ist dieser Wesenszug als „Beratungsresistenz“ bekannt. Die Tatsache, dass die Anforderungen der Schuldenbremse ab 2011 schrittweise mit 10 Mrd. € pro Jahr zu erfüllen sind und sich bis 2016 auf 60 Mrd. Euro pro Jahr aufaddieren werden, ohne dass diese Regierung Parlament und Öffentlichkeit bisher über ihr „Sparkonzept“ auch nur ansatzweise informiert hätte, ist eine Unterlassungssünde, die die Glaubwürdigkeit von Politik massiv gefährdet. Und die Steuerschätzung von heute beschert dem Staat zusätzliche Steuereinnahmeverluste von knapp 40 Mrd. € bis 2013, auf die Sie uns und der Öffentlichkeit jede Antwort schuldig bleiben. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man getrost mit dem Versuch der „Volksverdummung“ betiteln. Angesichts all dieser Tatsachen und angesichts der Krise in Griechenland und Europa, die wir aktuell diese Woche nonstop mit großer Ernsthaftigkeit beraten, bei der es im Kern auch um die Folgen von staatlicher Überschuldung geht, ist es eine Dreistigkeit, dass diese Bundesregierung angekündigt hat, die 16 – mehr als berechtigten - Fragen der SPD-Bundestagsfraktion vom 27. Januar zu beantworten, exakt am 10. Juli 2010! Und was ist am 9. Juli 2010? Ja, liebe Kollegen, das ist der letzte Sitzungstag des Deutschen Bundestages bis Mitte September! Und was ist Mitte September? Richtig: die 1. Lesung des Bundeshaushaltes 2011 hier in diesem Plenum – so ernst also nimmt diese Regierung Ihre Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament in der zentralen Frage einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik! Aber unbestreitbare Tatsache ist: wenn wir in diesen

Krisenzeiten unseren Lebensstandard und unseren Sozialstaat in seinen Grundfesten erhalten wollen, dann sind angesichts der heute veröffentlichten Steuerschätzung, der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse und der demografischen Entwicklung in unserem Land Steuerersenkungen auf mittlere Sicht schlicht und ergreifend unmöglich.

Und was sagt die FDP? Wir hätten angeblich gar kein Einnahme-, sondern vielmehr eine Ausgabeproblem: Wo allerdings mindestens zweistelligen Milliardenbeträge eingespart werden sollen – das sagen die Regierungsfractionen nicht – außer reflexartig: Bei Arbeit und Sozialem. Natürlich, auf den ersten Blick könnte das deswegen, weil dieser Etat mit 146 Mrd. Euro praktisch gut 40 % der Staatsausgaben im Bund entspricht und damit mindestens vom Volumen her geeignet erscheint. Aber jeder, der auch nur für fünf Cent nachdenkt, - ja ich weiß bei Ihnen in der wirtschaftsorientierten Partei FDP muss die Summe dafür bestimmt deutlich höher sein, - erkennt, dass die Mittel zum allergrößten Teil festgelegt sind, beispielsweise im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in den gesellschaftlich grundlegenden Bereichen Arbeit und Rente.

Der mit Abstand größte Ausgabenblock in diesem Bereich ist der Zuschuss zur Rentenversicherung mit 80,8 Mrd. Euro – eine so gigantisch große Summe, dass sie sich kaum jemand wirklich vorstellen kann. Darum will ich es bildlich ausdrücken: das ist mehr als ein Drittel aller Steuereinnahmen, die der Bund 2010 überhaupt erhält, und weit mehr als ein Viertel aller Ausgaben, die der Bund 2009 (292,3 Mrd. €) geleistet hat. Dies ist der Anteil des Haushaltes, wo kein Einsparpotential schlummert und wo nur ein finanzstarker Staat mit ausreichenden Steuern seiner sozialstaatlichen Aufgabe gerecht werden kann. Um die Dramatik zu erkennen, lohnt ein Blick zurück: noch vor 20 Jahren - 1991 - gab der

Bund knapp 30 Mrd. € pro Jahr Steuerzuschuss zur Rente, schon 7 Jahr später waren es 1998 51,4 Mrd. €, 10 Jahre später waren es 2008 schon 78 Mrd. € und jetzt aktuell 80,8 Mrd. €. Dieses ist eine Kostenexplosion von fast 30 Mrd. € (pro Jahr!) binnen nur 12 Jahren! 30 Mrd. € - das entspricht knapp dem Dreifachen unseres gesamten Bildungs- und Forschungsetats (10,91 Mrd. €), dem Fünffachen aller Leistungen aus dem Familienministerium (6,56 Mrd. €) bzw. dem Sechsfachen des Etats des Innenministers (5,59 Mrd. €) mit über 40.000 Beschäftigten im Dienste der Inneren Sicherheit unseres Landes.

Wer nun jedoch – wie diese Regierung aus CDU/CSU und FDP – ernsthaft plant Steuern im zweistelligen Milliardenbereich dauerhaft zu senken, der legt die Axt an die Wurzeln unseres Sozialstaates und nimmt gleichzeitig unsoziale Abgabenerhöhungen zu Lasten von Geringverdienern und Arbeitslosen, Familien und Rentnern, Auszubildenden und Studenten in Bund, Ländern und vor allem in den Kommunen billigend in Kauf. - Wie die FDP insgesamt auf diesem Niveau die Berechtigung der Steuereinnahmen unseres Staates öffentlich in Frage stellt, und die ideologische Verbohrtheit, mit der sie unter dem Deckmantel eines verquastenen Leistungs- und Freiheitsbegriffs einerseits für Steuer-senkungen für Hoteliers, Großherben und Besserverdienende sorgt andererseits und zusätzlich noch Steuersenkungen für Besserverdienende und Klientelgeschenke fordert, sowie die Lethargie, mit der CDU/CSU trotz des „C“ in ihrem Parteinamen, auf dieses gezielte Attentat auf unseren Sozialstaat reagieren, müssen alle am Gemeinwohl Interessierten in unserer Gesellschaft auf die Barrikaden oder in die Verzweiflung treiben.

Gestatten Sie mir zum Abschluss ein Zitat der Süddeutschen online von heute. Dort, im Kommentar „Der Tag an dem die Rechnung kam“ schreibt Thorsten Denkler:

„Eine deprimierende Lage - wenn es die FDP nicht gäbe. In früheren Zeiten boten Quacksalber auf den Marktplätzen manches Gebräu feil, das angeblich gegen alles half, was mit Krankheit zu tun hat - vom Hühnerauge bis zur Pestbeule. Die FDP versucht, das Volk für ähnlich blöd zu verkaufen. Die Partei des Guido Westerwelle verspricht Steuersenkungen, wenn es dem Staat gutgeht, weil dann genug Geld dafür da sei. "Bürger am Aufschwung beteiligen", heißt das dann. Und sie verspricht Steuersenkungen, wenn es dem Staat schlecht geht, weil das angeblich die Wirtschaft massiv ankurbelt. Einen Grund, gegen Steuersenkungen zu sein, gibt es für die FDP nicht. Wenn es darauf ankäme, würde sie mit Steuersenkungen auch den internationalen Terrorismus oder isländische Vulkane bekämpfen.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.